

Neue Fragen zu Anti-Terror-Einsatz

Fraktionen über Ermittlungsbericht uneins

VON JÖRN SEIDEL

Bremen. Die parlamentarische Aufarbeitung des Anti-Terror-Einsatzes ist in die entscheidende Phase getreten. Am Mittwoch nahm die Kontrollkommission der Bürgerschaft den geheimen Bericht des Sonderermittlers Dietrich Klein entgegen. Darin werden auf rund 50 Seiten die umstrittenen Abläufe des Polizeieinsatzes Ende Februar analysiert, als Bremen möglicherweise vor einem islamistisch motivierten Terroranschlag stand. Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) kündigte an, dass Klein den Bericht in Auszügen am Freitag der Öffentlichkeit präsentieren werde.

Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission, die sich aus allen vier Fraktionsvorsitzenden der Bürgerschaft zusammensetzt, wollten sich über Inhalte des Berichts noch nicht äußern. In einer von Matthias Güldner (Grüne) vorgetragenen gemeinsamen Erklärung hieß es lediglich: „Es haben sich neue Fragen ergeben, die wir in einer weiteren Sitzung am Freitag dem Sonderermittler persönlich stellen wollen.“ Gemeint seien etwa Fragen zu Beweggründen für bestimmte ermittlungstaktische Maßnahmen, sagte Oppositionsführer Thomas Röwekamp (CDU). „Eine abschließende politische Bewertung des Polizeieinsatzes ist deshalb noch nicht möglich.“ Der einheitliche Tenor aller Fraktionschefs: Weder der Bericht des Sonderermittlers noch die zuvor eingesehenen Polizeiakten hätten weitere große Ermittlungsspannen zutage gefördert als die bereits bekannten.

Trotzdem hält die CDU an ihrer vor drei Wochen geäußerten Rücktrittsforderung an Innensenator Mäurer fest. „Sowohl die Entwicklungsspannen als auch der öffentliche Umgang der Behörden mit diesem Einsatz sowie die fehlerhafte und falsche Infor-

mation des Kontrollgremiums rechtfertigen die Forderung nach dem Rücktritt“, so Röwekamp. Würde das Parlament nicht bald neu gewählt, gäben die zahlreichen Kritikpunkte an dem Anti-Terror-Einsatz sogar Anlass, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Polizeipräsident Lutz Müller verriet, dass der Bericht neben dem Gesamtverlauf und der Vorgeschichte des Einsatzes vor allem die bekannten Ermittlungsspannen analysiere. So gehe es zum Beispiel um die syrischstämmige Familie, die von der Polizei fälschlicherweise verdächtigt und in Gewahrsam genommen wurde. Oder um das Auto eines Verdächtigen, das die Ermittler versäumt hatten zu durchsuchen. Oder um die Frage, warum ein Mobiltelefon, das brisante Hinweise hätte liefern können, verfrüht zurückgegeben wurde. Eine weitere Panne, über die der Bericht Aufschluss geben dürfte: Während des Einsatzes stand das am Abend durchsuchte Islamische Kulturzentrum (IKZ) fünf Stunden lang nicht unter polizeilicher Beobachtung – noch Tage danach sagte Müller das Gegenteil. Trotzdem meint er auch rückblickend, richtig gehandelt zu haben. Kleine Einschränkung: „Mit dem ein und anderen bin ich nicht zufrieden, wie der Einsatz verlief.“

Röwekamp betonte, dass nicht nur einige Details des Berichtes zu klären seien, sondern vor allem auch die Frage, wie die verschiedenen Abläufe und Fehler zu bewerten seien. Linken-Fraktionschefin Kristina Vogt: „Wie gravierend sind die Pannen? Darüber werden wir sicherlich nicht zu einer Meinung kommen.“

Anderer Meinung als SPD und Grüne waren die beiden Oppositionspolitiker auch über Mäurers Wahl des Sonderermittlers. Er und Dietrich Klein hatten sich mehrere Jahre lang beruflich sehr nahe gestanden. Mäurer war es, der als früherer Justizstaatsrat Klein ins Amt des Oberstaatsanwalts hob. In dieser Funktion soll er nach Angaben von Insidern als Mäurer verlängertem Arm gedient haben. Nun präsentierte der Senator ihn als unabhängigen Gutachter.

Kristina Vogt bemängelte vor allem die ihrer Ansicht nach ungerechtfertigte Durchsuchung des IKZ. Als stellvertretendes Mitglied des Rechtsausschusses kennt sie die entsprechenden Akten der Justizbehörde und ist damit den anderen Fraktionschefs voraus, die diese Unterlagen noch nicht einsehen durften. Denn, so Björn Tschöpe (SPD), die Generalstaatsanwaltschaft sei der Auffassung, dass dies nur Mitgliedern des Rechtsausschusses zustehe. Die Aufarbeitung des Anti-Terror-Einsatzes scheint somit noch lange nicht vorbei zu sein.

Sühne für Srebrenica



Eine Überlebende von Srebrenica trauert in der Gedenkstätte Potocari. Der für das Massaker verantwortliche serbische General wurde am Mittwoch zu lebenslanger Haft verurteilt. FOTO: AFP

Den Haag-Bremen. Knapp 20 Jahre nach dem Völkermord von Srebrenica hat das UN-Kriegsverbrechertribunal den bosnisch-serbischen Ex-General Zdravko Tolimir endgültig zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Die Berufungskammer sprach ihn am Mittwoch in Den Haag erneut für den Massenmord in der UN-Schutzzone Srebrenica im Sommer 1995

schuldig und bestätigte das Urteil der ersten Instanz. Bremens früherer Bürgermeister Hans Koschnick (SPD), der in den 1990er-Jahren EU-Administrator für Mostar in Bosnien-Herzegowina war, begrüßte das Urteil. In Den Haag gelinge es der internationalen Gemeinschaft endlich, die wirklich Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. **Kommentar Seite 2-Interview Seite 3**

ANZEIGE

Diesen Freitag rund **43 MILLIONEN €**

Infos in Ihrer Annahmestelle und auf www.lotto-bremen.de

EURO JACKPOT
VON LOTTO

Spielen kann stichig mac.en. Infos: 8294 0800 1372700
Gewinnwahrscheinlichkeit: 1:95.344.200

Mercedes verkauft mehr Autos denn je

Bremen. Daimler fährt weiter auf Rekordkurs. Noch nie zuvor hat der Autobauer in einem Monat so viele Fahrzeuge der Marke Mercedes-Benz verkauft wie in diesem März. Der Daimler-Vorstand spricht gleichzeitig vom „besten ersten Quartal der Unternehmensgeschichte“. Vor allem bei der C-Klasse-Limousine und dem Kombi, wie sie im Bremer Werk gebaut werden, griffen die Kunden zu. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen hier die Verkaufszahlen seit Jahresbeginn um fast 58 Prozent. Einen neuen Absatzrekord vermeldet Daimler zudem bei seinen sportlichen Geländewagen, den SUVs. Zum Erfolg beigetragen hat dabei auch die Produktion des Geländewagens GLK in Bremen. **Bericht Seite 13**

Terrormiliz verliert Ölfelder

Berlin-Bagdad. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hat nach Erkenntnissen des Bundesnachrichtendienstes (BND) eine ihrer wichtigsten Einkommensquellen verloren. Nach den jüngsten militärischen Niederlagen kontrolliere der IS nur noch ein einziges Ölfeld im Irak, berichteten „Süddeutsche Zeitung“, NDR und WDR unter Berufung auf einen vom BND für die Bundesregierung angefertigten Sonderbericht. Das seien gerade noch fünf Prozent der einmal vom IS im Irak beherrschten Menge. Eine Woche nach der Befreiung der Stadt Tikrit von der IS-Herrschaft sind die irakischen Behörden unterdessen auf Massengräber gestoßen. Bislang habe man 14 Stellen gefunden, an denen Opfer von Erschießungen verscharrt wurden, bestätigten Offizielle. **Bericht Seite 4**

FUSSBALL AKTUELL

Bielefeld – Mönchengladbach **n.E. 6:5**



Noch Fragen: Matthias Güldner (Grüne, links) und Thomas Röwekamp (CDU). FOTO: KOCH

Rot-Grün erhöht auf elf Senatoren

Neue Hamburger Regierungskoalition steht / Olympiabewerbung 2024 zentrales Projekt

Hamburg. Die neue Regierungskoalition aus SPD und Grünen in Hamburg sieht die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 als ihr zentrales Projekt in den kommenden fünf Jahren. Das sagte Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch bei der Vorstellung des Koalitionsvertrags. In der künftigen Regierung stellen die Sozialdemokraten acht und die Grünen drei Senatoren. Die bisherige SPD-Alleinregierung bestand aus zehn Senatoren.

Für die Grünen soll Landeschefin Katharina Fegebank als Zweite Bürgermeisterin künftig die aufgewertete Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung führen. Der bisherige Fraktionschef Jens Kerstan wird als Senator für Umwelt und Energie zuständig sein und Till Steffen nach knapp fünf Jahren an die Spitze des Justizressorts zurückkehren. Bürgermeister Scholz wollte die SPD-Personalien noch nicht bekanntgeben. Es wird erwartet, dass die bisherige Mannschaft bestehend aus Peter Tschentscher (Finanzen), Ties Rabe (Schule und Berufsbildung), Detlef Scheele

(Arbeit, Soziales, Familie und Integration), Michael Neumann (Inneres und Sport), Cornelia Prüfer-Storcks (Gesundheit und Verbraucherschutz), Barbara Kisseler (Kultur) und Frank Horch (Wirtschaft, Verkehr und Innovation) im Kern bestehen bleibt. Die SPD-Senatorinnen Jana Schiedek (Justiz und Gleichstellung) und Jutta Blankau (Stadtentwicklung und Umwelt) hatten ihren Rückzug erklärt. Was aus der bisherigen Wissenschaftssenatorin und Zweiten Bürgermeisterin Dorothee Stapelfeldt wird, sagte Scholz nicht. Die Frauenquote bereite ihm ein bisschen Sorge, gab er zu.

In einigen Punkten mussten die Grünen Zugeständnisse machen. So soll etwa die umstrittene Elbvertiefung kommen, wenn die Gerichte zustimmen. Zudem wird es keine Gruppenlösung für die „Lampedusa“-Flüchtlinge geben, die Möglichkeit der Errichtung von sogenannten Gefahrengeländen bleibt hingegen bestehen. Als Erfolg können die Grünen für sich verbuchen, dass bis spätestens 2030 der Anteil des Fahrradverkehrs auf 25 Prozent steigen soll. Zudem will man doch keine Rechtsmittel gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg zur Luftreinhaltung einlegen. Und im Rahmen einer Ökologisierung des Hafens sollen Unternehmen dazu bewegt werden, „freiwillig auf den Transport von hoch radioaktiven Kernbrennstoffen“ zu verzichten, wie Kerstan ankündigte.

Die Opposition kritisierte die Aufstockung auf elf Behörden. „Dieser aufgeblähte Senat (...) steht somit nicht für ein modernes und effizientes Hamburg, sondern ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für rote und grüne Parteimitglieder auf Kosten der Steuerzahler“, erklärte CDU-Fraktionschef André Trepoll. FDP-Fraktionschefin Katja Suding betonte: „Das doppelt so große Berlin kommt mit acht Senatoren aus.“

Das Bündnis ist jedoch noch nicht besiegelt. Am Sonntag muss die Grünen-Basis dem Koalitionsvertrag zustimmen, ehe zwei Tage später die SPD-Mitglieder an der Reihe sind. **Standpunkt Seite 2**

Vage Versprechen

Tsipras in Moskau: Putin stellt Griechenland Kredite in Aussicht

Moskau. Russland will dem krisengeplagten Griechenland mit Investitionen und möglichen Gas-Millionen unter die Arme greifen. Kremlchef Wladimir Putin bot dem griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras am Mittwoch bei einem Treffen in Moskau zudem eine umfassende Wiederbelebung der Handelsbeziehungen an. Er stellte Athen Kredite für Infrastrukturprojekte in Aussicht. Zwar habe Griechenland keine Hilfe beantragt, doch seien Kredite für konkrete Vorhaben möglich. Beide unterzeichneten einen gemeinsamen Aktionsplan für 2015/2016.

Putin warb eindringlich für die geplante russische Pipeline Turkish Stream durch das Schwarze Meer und die Türkei bis nach Griechenland. Falls sich das Land dem Projekt anschließe, könne es zum wichtigsten Gastransitland in der EU werden. Putin stellte Hunderte Milliarden Euro an Einnahmen in Aussicht. Die Kritik von EU-Politikern an seiner Reise wies Tsipras mit Nachdruck zurück. „Manche sollten aufhören, jede unserer Bewegungen in einer Art zu kommentieren, als wäre Griechenland eine Schuldenkolonie.“ **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 3**

INHALT

Familienanzeigen	22
Fernsehen	24
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	5
Tipps & Termine	17
Veranstaltungsanzeigen	11
Verbraucher	16

H 7166 • 28189 BREMEN



BREMEN

Die „Alex“ kommt

Bremen. Am übernächsten Sonnabend, 18. April, wird die „Alexander von Humboldt“ von Bremerhaven nach Bremen geschleppt und im Europahafen festmachen. Offizielle Einweihung ist drei Wochen später am 9. Mai. Im nächsten Jahr geht's dann an die Schlachte, wo der Dreimaster als neues Bremer Wahrzeichen und schwimmendes Restaurant seinen endgültigen Liegeplatz finden wird. **Seite 9**

GLÜCKSZAHLEN

6 aus 49:	14	20	37	41	44	47
Spiel 77:	1524899	Superzahl:	9			
Super 6:	★599771	(ohne Gewähr)				

WETTER

Tagsüber 14°

Nachts 6°

Niederschlag 30%

Nur teilweise freundlich
Hoher Luftdruck von den Britischen Inseln bis zum nördlichen Balkan sorgt in Mitteleuropa verbreitet für freundliches Wetter.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter: www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell

ANZEIGE

WATERFRONT
...so geht Shoppen!

Erlebe Waterfront **FASHION**
Fashion Shows
Tänzer präsentieren die neuesten Frühjahrs- und Sommertrends
SA. 11.04.2015 um 15, 16, 17 und 18 Uhr
Bühne am Eingang zum Food Court

www.waterfront-bremen.de

Foto: © Neron Photo - Fotolia